

ECKPUNKTE

Für einen
Schulentwicklungsprozess
der beruflichen Schulen in
Frankfurt am Main

IMPRESSUM

Magistrat der Stadt Frankfurt am Main
Dezernat Bildung und Frauen
Stadtschulamt

Verantwortlich:

40.S5 Pädagogik, Planung und
finanzielle Förderung für Schulen

Matthias Weber-Vögle

Telefon +49 (0)69 212 74462

E-Mail: matthias.weber@stadt-frankfurt.de

Internet: www.stadtschulamt.stadt-frankfurt.de

Alle Rechte vorbehalten

© 2016 Stadt Frankfurt am Main

Stand: 01. Juni 2016

Druck: CEWE Stiftung & Co. KGaA

Auflage: 500 Stück

INHALT

Entstehung	4
Grundlegendes	7
Eckpunkte	11
Mitglieder der Arbeitsgruppe	22

ENTSTEHUNG

Grundlage für die vorliegenden Eckpunkte sind die Ergebnisse der Dialogkonferenz *„Berufliche Bildung in Frankfurt – Was macht sie zukunftsfähig?“*.

Am 28. April 2015 trafen sich Vertreterinnen und Vertreter aus allen Bereichen des Feldes der beruflichen Bildung in Frankfurt am Main:

- Schülerinnen und Schüler,
- Vertreterinnen und Vertreter des Stadtelternbeirates,
- Lehrerinnen und Lehrer,
- Schulleitungen,
- Vertreterinnen und Vertreter von Betrieben, Kammern und Innungen,
- Pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus beratenden Systemen in Schulen,
- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Agentur für Arbeit und dem Jobcenter,
- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Staatlichen Schulamtes für die Stadt Frankfurt,
- Kolleginnen und Kollegen des Gesamtpersonalrates der Lehrerinnen und Lehrer,
- Vertreterinnen und Vertreter der Frankfurter Stadtpolitik,
- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtplanung und des Stadtschulamtes.

Vorbereitet wurde die Dialogkonferenz mit Vertreterinnen und Vertretern der oben aufgeführten Interessensgruppen. Ziel war es, eine Standortbestimmung vorzunehmen, Trends zu erkennen und Entwicklungsbedarfe zu formulieren. An diesem Tag wurden keine fertigen Lösungen erarbeitet, sondern ein Fundament für kommende Prozesse gelegt.

Im ersten Teil der Dialogkonferenz ging es um eine persönliche Einschätzung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zum Fachfeld. Im zweiten Teil lag der Schwerpunkt auf Potenzialen und Perspektiven der beruflichen Bildung in Frankfurt. Für den dritten Teil der Dialogkonferenz wurden mit dem Plenum Themen und Fragen festgelegt, die im Anschluss in parallelen Workshops unter dem Aspekt „Empfehlungen für einen Planungs- und Entwicklungsprozess“ bearbeitet wurden.

Die Ergebnisse der Dialogkonferenz wurden dokumentiert und aus den verschiedenen Phasen der Bearbeitung Aussagen für eine Weiterarbeit extrahiert. Vertreterinnen und Vertreter der unterschiedlichen Interessensgruppen haben die Aussagen priorisiert, daraus Themenbereiche für das Eckpunktepapier gebildet und deren Inhalte präzisiert. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Stadtschulamtes haben diese Themenbereiche und deren Inhalte dann ausformuliert.

Die vorliegenden Eckpunkte dienen als Empfehlung des Fachfeldes für die politischen Entscheidungsträger in Frankfurt. Sie sollen eine Basis für den kommenden Beteiligungsprozess der Schulentwicklungsplanung für die beruflichen Schulen in Frankfurt legen.

GRUNDLEGENDES

Mit ca. 25.000 Schülerinnen und Schülern an 16 beruflichen Schulen haben wir in Frankfurt eine Schlüsselrolle in der Entwicklung der beruflichen Bildung in Hessen. Das Rhein-Main-Gebiet gehört zu den wirtschaftsstärksten Regionen Europas. Das verpflichtet uns dazu lokal, regional und international zu denken. Wir stehen vor Fragen aus ökologischen, ökonomischen und sozialen Bereichen, auf die wir Antworten finden müssen.

Die Fortschreibung des Schulentwicklungsplans der beruflichen Schulen dient der Sicherung und Weiterentwicklung eines Angebots beruflicher Bildung, das in seiner Qualität und Quantität den Bildungsinteressen junger Menschen und dem Qualifikationsbedarf des Wirtschaftsstandortes der Region Frankfurt gleichermaßen gerecht wird, dabei keine Lücken oder Doppelstrukturen aufweist und entwicklungsfähig ist.

Dieses Angebot umfasst das bewährte System der dualen Berufsbildung mit den Standorten Ausbildungsbetrieb und Berufsschule, aber auch vollschulische Ausbildungsgänge und Angebote, die einer Berufsbildung vorausgehen, studienqualifizierende Bildungsgänge und die Weiterbildung an einer Fachschule, die nach einer Ausbildung besucht werden kann und für die Übernahme höherer Verantwortung qualifiziert.

Leitbild

2009 erstellten die Schulleiterinnen und Schulleiter der beruflichen Schulen, das Staatliche Schulamt für die Stadt Frankfurt und der Schulträger, die Stadt Frankfurt, ein gemeinsames Leitbild mit Prinzipien als Grundlage bei der Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der beruflichen Schulen:

- Wir stehen für die Teilhabe aller am beruflichen und gesellschaftlichen Leben.
- Wir stehen zum öffentlichen Bildungsauftrag, übernehmen gesellschaftliche Verantwortung, setzen uns für Chancengleichheit ein.
- Wir legen durch unsere Bildungsangebote eine Basis für die wirtschaftliche Weiterentwicklung der Stadt Frankfurt am Main.
- Wir nehmen Innovationen in der Berufswelt zeitnah auf, initiieren Bildungsprozesse und fördern den Erwerb von Kompetenzen für lebenslanges Lernen.
- Wir pflegen und fördern die Kooperation mit Partnern im Bildungssystem.
- Wir erhalten, entwickeln und sichern die Qualität von Unterricht und Schule.
- Wir verstehen uns als komplementäre Teile eines Gesamtsystems für ein überzeugendes, differenziertes und zukunftsfähiges Bildungsangebot.

Partizipativer Prozess

Der Schulentwicklungsplan für die beruflichen Schulen wird in einem partizipativen Prozess entstehen. Beteiligungsprozesse eröffnen neue und vielfältige Perspektiven. Auf diesem Weg können die politische Ebene und die Verwaltung Informationen von großer Qualität erhalten, die eine breitgefächerte und multiperspektivische Sicht enthält.

Anschluss an andere Entwicklungsprozesse in der Stadt Frankfurt

Der Schulentwicklungsplan für die beruflichen Schulen wird in einem eigenständigen Prozess erarbeitet. Gleichzeitig finden in der Stadt Frankfurt weitere Entwicklungsprozesse statt, die im bevorstehenden Prozess Beachtung finden sollten. Zum Beispiel entwickelt die Stadt Frankfurt am Main zurzeit ein integriertes Stadtentwicklungskonzept, das fach-, themen- und ressortübergreifend die Stärken und aktuellen Herausforderungen Frankfurts analysiert, mittelfristige Ziele und Strategien für die funktionale und räumliche Weiterentwicklung der Stadt entwickelt sowie Leitprojekte und räumliche Handlungsschwerpunkte bestimmt. Für die Dialogkonferenz haben wir bereits durch die Mitwirkung des Stadtplanungsamtes einen Link zu diesem Prozess gelegt, der auch im kommenden Prozess der Schulentwicklungsplanung weitergeführt werden soll.

2014 wurde im Beteiligungsprozess „Frankfurt macht Schule“ der integrierte Schulentwicklungsplan für die allgemeinbildenden Schulen erarbeitet. Die Schulentwicklungspläne müssen sich aufeinander beziehen, ohne das jeweilige eigene Profil zu vernachlässigen.

Frankfurt wächst

Die Stadt Frankfurt muss sich auf ein konstant hohes Bevölkerungswachstum einstellen. Auch 2014 wuchs die Bevölkerung um mehr als 15.000 Personen auf 708.543. Allein 8.090 Kinder wurden hier geboren – so viele wie seit dem Ende der 1960er-Jahre nicht. Das Wachstum wird sich nach den Prognosen der Bevölkerungsstatistiker weiter fortsetzen. Dem Schulentwicklungsprozess der beruflichen Schulen werden fundierte statistische Auswertungen und Prognosen zu Grunde liegen. Frankfurt ist Ausbildungs- und damit Berufsschulstandort nicht nur für Frankfurter Jugendliche, sondern auch für viele junge Menschen aus dem nahen und fernen Umland. Das trägt dem Charakter Frankfurts als „Einpendlerstadt“ Rechnung und sichert den künftigen Bedarf an Fachkräften.

ECKPUNKTE

Schulprofile/ Schulgröße/Standorte

Die Schulentwicklungsplanung eröffnet die organisatorischen, räumlichen und strukturellen Voraussetzungen dafür, die zukünftigen Herausforderungen in der beruflichen Bildung auch weiterhin bewältigen zu können.

Als Ergebnis des Schulentwicklungsprozesses sollen die berufsbildenden Schulen ein hochwertiges, differenziertes und den qualitativen und quantitativen Anforderungen genügendes Bildungsangebot bereitstellen.

Dies geschieht auch durch die Bündelung von Aufgaben, den Ausbau der Kooperation und die Nutzung von Synergieeffekten. Dabei wird die hohe Qualität von beruflichen Angeboten aufgrund von Mehrzügigkeit und Bündelung affiner Berufe erhalten, gewährleistet und gesteigert.

Die Planung der Standorte soll auch dazu führen, dass Dependancen künftig entbehrlich werden und den Raumbedarfen aller Frankfurter Schulen Rechnung getragen wird.

Die Stadt Frankfurt als Standort attraktiver Wirtschaftsbereiche wie Handel, Banken, Handwerk, industrielle Fertigung, Kreativsektor, Ernährung, Gesundheit, Erziehung etc. bezieht die Grundlage ihres Wohlstands und ihrer guten wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung gerade auch aus den zahlreichen Einpendlern, sie sichern die Bedarfsdeckung an Fachkräften. Dieser Situation muss die berufliche Bildung in Frankfurt auch künftig durch ein passendes Angebot im Übergangssystem, im System der dualen Ausbildung und in der Weiterbildung (Fachschulen) entsprechen.

Die Stadt Frankfurt ist mit ihren beruflichen Schulen zuständig für die Ausbildungsverhältnisse im Stadtgebiet und den schulträgerübergreifenden Aufgaben, so wie sie sich zurzeit darstellen.

Gebäude und Ausstattung

Die Vielfalt und Verschiedenartigkeit der Ausbildungsberufe, die in Frankfurt am Main die Berufsschullandschaft charakterisieren, bedürfen einer zukunftsfähigen Ausrichtung. Sowohl die praktischen Inhalte als auch die pädagogischen Konzepte unterliegen ständigen Veränderungen. Das Ziel ist daher, die Berufsschulen in Frankfurt am Main baulich so zu gestalten, zu sanieren und instand zu setzen, dass ein gutes und zeitgemäßes Lernumfeld vorhanden ist.

Die verschiedenen Schwerpunkte der beruflichen Schulen stellen unterschiedliche Anforderungen an die Gebäude und deren Ausstattung und müssen die Schulen in die Lage versetzen, den Anforderungen an ihren Bildungsauftrag gerecht zu werden.

Hierzu bedarf es der schrittweisen konzeptionellen Weiterentwicklung von Raumprogrammen, welche die Erfordernisse eines individualisierten und zugleich team- und projektorientierten Lernens bedarfsgerecht und schulspezifisch aufgreifen und sich an unterschiedliche pädagogische Konzepte anpassen lassen.

Das bereits vorliegende Standardraumprogramm, das in den letzten Jahren von Fachleuten der Stadtverwaltung und der beruflichen Schulen erarbeitet wurde, kann hierbei als Grundlage dienen.

IT-Ausstattung und IT-Support an beruflichen Schulen

Informationstechnologie und Medien gehören heute zum regulären Schulalltag genauso wie zum privaten Alltag der Schülerinnen und Schüler dazu. Der technischen Ausstattung in den beruflichen Schulen kommt in diesem Feld eine besondere Rolle zu, die sich von anderen Schulformen unterscheidet, da IT-Kompetenz zentraler Gegenstand beruflicher Bildung ist und für die Ausbildung von Fachkräften einen hohen Stellenwert hat. Es ist wichtig, dass Arbeitssituationen, auf die Auszubildende in den Betrieben treffen, in der beruflichen Schule gut nachvollzogen werden können.

Damit die beruflichen Schulen für diese Herausforderung gut ausgestattet sind, über schnelle Internetanbindungen verfügen und mit der technologischen Entwicklung in Hard- und Software mithalten können, ist es notwendig, die bestehenden IT-Standards und Konzepte weiterzuentwickeln, an denen sich auch Beschaffungs-, Erneuerungs- und Wartungsprozesse orientieren.

Die Nutzung von mobilen Endgeräten soll in diesem Zusammenhang einen besonderen Schwerpunkt bekommen.

Übergänge

Der Übergang von der Schule in die Ausbildung bzw. in den Beruf und den Arbeitsmarkt gestaltet sich für viele junge Menschen kompliziert und langwierig. Daher gibt es ein vielfältiges Spektrum an Bildungsgängen, mit denen die Chancen von Jugendlichen auf einen Ausbildungsplatz verbessert werden sollen.

Die Bildungsgänge, die zum Übergangsbereich gezählt werden, sind sehr heterogen und unterscheiden sich stark hinsichtlich ihrer Zugangsvoraussetzungen und Zielgruppen. Sie vermitteln keinen vollqualifizierenden Berufsabschluss. Ziel dieser Maßnahmen ist es, Jugendliche auf eine Berufsausbildung vorzubereiten, indem eine berufsfeldbezogene Grundbildung sowie allgemeine Kompetenzen vermittelt werden.

Dagegen ist das Ziel in den Bildungsgängen der „Schulischen Ausbildung“ einen Abschluss im Rahmen einer vollqualifizierenden Berufsausbildung zu erlangen. Daneben ermöglichen einige Bildungsgänge das Nachholen von allgemeinbildenden Schulabschlüssen. In diesen Vollzeit-Bildungsgängen kann ein allgemeinbildender Abschluss bis hin zur Hochschulreife erworben werden.

Bei allen Bestrebungen zur Optimierung von Übergängen gewann der Ansatz der „Kommunalen Koordinierung“ an Bedeutung, deren Ziel die „kommunal verantwortete Bündelung und Abstimmung von Aktivitäten, die Herstellung von Transparenz und die Entwicklung und Anwendung gemeinsam vereinbarter Qualitätsstandards für den Bereich des Übergangs von der Schule in Beruf und Arbeitswelt“ (Weinheimer Erklärung 2007) ist. Im Fokus stehen die gelingende Kooperation mit den allgemeinbildenden Schulen und zwischen den Schulformen der beruflichen Schulen sowie die Nutzung möglicher Synergieeffekte zwischen den einzelnen Schulen.

Unterstützende Systeme in beruflichen Schulen

Die Stadt Frankfurt fördert seit vielen Jahren Schülerinnen und Schüler in allen beruflichen Schulen mit sozialpädagogischen Angeboten und Maßnahmen zur beruflichen Orientierung und Ausbildungsvorbereitung sowie der Prävention und Intervention bei Gefahr des Abbruchs der Ausbildung.

Hauptziel ist es, durch Berufswegeplanung und passgenau auf die Zielgruppe abgestimmte sozial-pädagogische Angebote, Schülerinnen und Schüler der beruflichen Schulen für Ausbildung und Arbeit fit zu machen, die Ausbildungsbereitschaft und Ausbildungserfolge zu erhöhen bzw. eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt oder Weiterbildung zu garantieren. Die Angebote richten sich an Jugendliche mit besonderem Förder- und Integrationsbedarf, die die Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung (BzB), die Berufsfachschule (BFS) oder Klassen für Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger (InteA) besuchen.

Der Beratungsbedarf in diesen Unterstützungssystemen ist in den letzten Jahren gestiegen, vor allem im Bereich der Schülerinnen und Schüler mit multiplen Problemlagen.

Zudem wird es an beruflichen Schulen eine steigende Anzahl von jungen Menschen mit Migrationshintergrund geben. Aus diesem Grund ist es wichtig, die vorhandenen Unterstützungssysteme zu stabilisieren und weiter zu entwickeln, vor allem mit dem Blick auf die Zielgruppe der Berufsschülerinnen und Berufsschüler.

Vielfalt und Teilhabe

Eine Haltung, die Menschen in ihren Lebenssituationen sensibel wahrnimmt, deren Sichtweisen anerkennt und die schulische und berufliche Bildung als Erweiterung von Handlungschancen und Realisierungsmöglichkeiten begreift, ist die Grundlage aller Bildungsprozesse.

Dies setzt die Anerkennung der Fähigkeit jedes Einzelnen als ein Individuum voraus, das prinzipiell über entsprechende Fähigkeiten verfügt, deren Entfaltung mit den Mitteln der Pädagogik gefördert und unterstützt werden kann.

Die in der UN-Behindertenrechtskonvention verankerte uneingeschränkte und gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen an Bildung ist zu verwirklichen. Inklusion in der beruflichen Bildung soll in Zusammenarbeit der Schulen mit den Ausbildungsbetrieben, den Arbeitsagenturen und weiteren Akteuren im Bereich der Bildung und Beschäftigung erfolgreich gestaltet werden.

Auch für zugewanderte junge Menschen kann ein hoher Bedarf an passenden Angeboten konstatiert werden und es ist zu erwarten, dass dieser Bereich zukünftig weiter an Bedeutung gewinnt. Diese jungen Menschen bringen die unterschiedlichsten Lebenswelten mit und verfügen nicht oder nur in geringem Maße über Deutschkenntnisse.

Es gilt ein bedarfsgerechtes Angebot für die vielfältigen Interessengruppen in den beruflichen Schulen vorzuhalten und kontinuierlich weiterzuentwickeln. Ziel einer inklusiven (beruflichen) Bildung muss es folglich sein, dass nach Möglichkeit alle Jugendliche mit Förderbedarf eine betriebliche oder vollzeitschulische Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf absolvieren oder zumindest für eine berufliche Tätigkeit und die Integration in den Arbeitsmarkt qualifiziert werden.

Kommunikation/Kooperation

Gute Kommunikation und Information sind wichtige, wenn nicht sogar die entscheidenden Erfolgsfaktoren für die reibungsarme Zusammenarbeit in und zwischen Organisationen.

Die Beteiligung der verschiedenen Interessensgruppen gilt bei Planungsprozessen als fachliche Selbstverständlichkeit. Schon bei der Formulierung von Planungszielen und der Bestimmung des methodischen Vorgehens sind die Akteure einzubeziehen. Eine entsprechende strategische Ausrichtung des Schulträgers und eine Verankerung als struktureller Bestandteil von Planungsprozessen sollen die Beteiligung und eine verlässliche Kooperation sichern.

Erforderlich ist neben der langfristigen Planungssicherheit und -kontinuität auch eine hinreichende Flexibilität aller Beteiligten, wenn sich Rahmenbedingungen ändern.

Ansehen/Wertschätzung

Die beruflichen Schulen haben einen wichtigen Bildungs- und Qualifizierungsauftrag. Das Wirken der beruflichen Schulen und das breite Spektrum an Angeboten ist in der Öffentlichkeit nicht immer so bekannt wie bei allgemeinbildenden Schulen. Für den Schulträger und die Bildungsverwaltung sind die allgemeine und die berufliche Bildung gleichwertig. Eine gute und wertschätzende Darstellung ließe sich noch dadurch verbessern, dass alle direkt und indirekt wirkenden Akteure die Stärken der beruflichen Schulen gezielter herausstellen und im Rahmen des Schulentwicklungsprozess die Aufgaben, Leistungen und Ziele öffentlichkeitswirksam thematisiert werden. Darüber hinaus sollte gemeinsam ein langfristiges Konzept, das den Bekanntheitsgrad der beruflichen Schulen erhöht und die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit befördert, entwickelt werden.

MITGLIEDER DER ARBEITSGRUPPE

Berufliche Schulen

Angelika Fieberg

Tillmann Stoodt

Staatliches Schulamt für die Stadt Frankfurt

Ariane Hoffmann

Reinhold Stahler

Stadtelternbeirat

Ingrid Häußler

Industrie- und Handwerkskammer

Frank Ziemer

Handwerkskammer

Bernd Sieber

Bundesagentur für Arbeit

Angela Gerdes

Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer

Hanne Hirn

Ernst Olbrich

Freie Träger/Unterstützungsprogramme an beruflichen Schulen

Petra Lölkes

Bildungsdezernat

Lutz Klein

Dr. Clemens Bohrer

Stadtplanungsamt

Joachim Eckhard

Stadtschulamt

Frank Groos

Gesa Kaiser

Hans-Joachim Kinstler

Monika Ripperger

Ute Sauer

Matthias Weber-Vögle

NOTIZEN

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

STADTSCHULAMT FRANKFURT AM MAIN

www.frankfurt.de/schulen

www.stadtschulamt.stadt-frankfurt.de